

Vortrag an den Ministerrat

EU; Informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister am 17. November 2020

Am 17. November 2020 fand eine informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Behandelt wurden die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2020, der jährliche Dialog über Rechtsstaatlichkeit, die EU-Erweiterung, der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 und das Aufbaupaket, der Kampf gegen Antisemitismus, die legislative Programmplanung sowie das Europäische Semester 2021.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2020

Der deutsche Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 10./11. Dezember.

Angesichts der zweiten COVID-19 Welle in Europa betonte ich die große Bedeutung des Informationsaustausches sowie der Koordinierung der Arbeiten innerhalb der EU. Als besonders wichtig hob ich in diesem Zusammenhang die Arbeiten zu Impfstoffen sowie die einheitliche Handhabung von Quarantänemaßnahmen und Reisebeschränkungen hervor. Betreffend das europaweite Corona-Ampel-System sprach ich mich dafür aus, die derzeit angewendeten Kriterien und Schwellenwerte der aktuellen epidemiologischen Situation anzupassen, um die aktuelle Situation so realistisch wie möglich darstellen zu können.

Beim Thema Klimaschutz sprach ich mich für ein ambitioniertes Klimaziel für 2030 aus. Dabei hob ich hervor, dass gleichzeitig der Schutz und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Europa berücksichtigt werden müssen und es einen ausgeglichenen Rahmen braucht, der insbesondere die Anforderungen von energieintensiven Sektoren und die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Ich unterstrich in diesem Zusammenhang, dass der Ausbau der Nuklearenergie für Österreich keine Option zur Erreichung des Reduktionsziels darstellt.

Zum Thema Sicherheit und Terrorismus bedankte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die breite Solidarität und unterstrich angesichts der jüngsten terroristischen Anschlägen in Europa die Wichtigkeit der Debatte im Rat. Ich verwies auf die gemeinsame Videokonferenz von Bundeskanzler Sebastian Kurz mit dem französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, dem Ministerpräsidenten der Niederlande, Mark Rutte, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, sowie der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen vom 10. November, deren Inhalte eine gute Basis für die weiteren Arbeiten bilden. Ich betonte, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung von Christen und Muslimen oder zwischen Österreichern und Migranten handelt, sondern um einen Kampf zwischen jenen, die für demokratische Gesellschaften eintreten, und jenen, die dies nicht tun. Schließlich verwies ich auf die gemeinsame Erklärung von Österreich und Frankreich zu Terrorismus.

Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit – länderspezifische Debatte

Nach der allgemeinen Debatte zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in Europa auf Basis des ersten Rechtsstaatlichkeitsberichts der Kommission im Rat Allgemeine Angelegenheiten am 13. Oktober fand auf Basis der Analysen der Kommission eine erste länderspezifische Debatte statt. Es wurden insbesondere *Best Practices* ausgetauscht sowie allgemeine Herausforderungen diskutiert. Ich wies darauf hin, dass der Dialog über die Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Übung darstelle, um ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen in diesem Bereich zu entwickeln. Ich unterstrich auch die Wichtigkeit von Fragen der Digitalisierung der Justiz und verwies dabei auf die Investitionen Österreichs in diesen Sektor.

Erweiterung – Verhandlungsrahmen mit Albanien und der Republik Nordmazedonien

Der deutsche Ratsvorsitz informierte zum Stand der Verhandlungen.

Ich betonte die Priorität des Westbalkans für die österreichische Außen- und Europapolitik. Eine glaubwürdige europäische Perspektive sowie ein aktives Engagement der Europäischen Union seien der beste Garant für Stabilität sowie eine Begrenzung des Einflusses anderer Akteure in der Region. Ich hob die richtige Entscheidung der EU im März 2020 hervor, die Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern zu eröffnen, womit die EU in der COVID-19 Pandemie Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Der nächste wichtige Schritt in Richtung EU-Integration müsse nun mit der Annahme der Verhandlungsrahmen und der Abhaltung der ersten Erweiterungskonferenzen gesetzt werden.

Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Aufbaupaket

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf die erzielte vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament. Er drückte sein Bedauern darüber aus, dass noch nicht alle Mitgliedsstaaten dem Gesamtpaket zustimmen konnten und betonte die Dringlichkeit der Annahme, insbesondere unter Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie. Ich begrüßte die erzielte Einigung, drückte Sorge über die aktuellen Entwicklungen aus und forderte eine rasche Annahme. Dabei betonte ich die Wichtigkeit, dass die Finanzmittel der EU durch eine Verknüpfung mit der Rechtsstaatlichkeit geschützt werden. Der deutsche Vorsitz bekräftigte, weiter an einer Lösung zu arbeiten.

Kampf gegen Antisemitismus

Der deutsche Ratsvorsitz informierte über die während seines Ratsvorsitzes stattgefundenen Arbeiten. Anknüpfend an die unter österreichischem Ratsvorsitz 2018 angenommene Ratserklärung solle im Dezember eine Ratserklärung zum Kampf gegen Antisemitismus in sämtlichen Politikbereichen verabschiedet werden. Ich hob die Priorität des entschlossenen Kampfs gegen Antisemitismus hervor und erläuterte die aktuelle Situation des Antisemitismus in Österreich. Dabei verwies ich auf den intensiven Austausch mit der jüdischen Gemeinschaft sowie mit der Kommission und kündigte die baldige Vorlage einer nationalen Antisemitismus-Strategie an.

Legislative Programmplanung – Arbeitsprogramm der Kommission für 2021

Die Kommission stellte die Prioritäten im Rahmen ihres Jahresarbeitsprogramms für 2021 vor.

Europäisches Semester 2021 – Fahrplan

Der deutsche Ratsvorsitz und der zukünftige portugiesische Ratsvorsitz informierten über den Fahrplan des bereits laufenden Europäischen Semesters 2021. Der Ablauf des Europäischen Semesters sei aufgrund der engen Verzahnung mit der für die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19 Pandemie neu geschaffenen Aufbau- und Resilienzfazilität angepasst worden.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin